

DStGB

Bildung von "Administrationscentern" gefordert

[13.03.2002] Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert, die Schubkraft des e-Governments in Deutschland besser zu nutzen und hat hierzu ein Acht-Punkte-Programm vorgelegt. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Bildung von so genannten Administrationscentern.

Im Zuge der Einführung von e-Government gehörten auch die Strukturen der Verwaltung auf den Prüfstand, sagte Franz-Reinhard-Happel, e-Government-Experte und Pressesprecher des kommunalen Spitzenverbandes, am Vorabend der diesjährigen CeBIT in Berlin. So solle verstärkt darüber nachgedacht werden, ob künftig in allen Verwaltungen die gleichen administrativen Abläufe vorgehalten werden müssen, oder ob es nicht sinnvoller sei, Administrationscenter zu bilden und diese zur gemeinsamen Aufgabenerledigung miteinander zu vernetzen.

Städte und Gemeinden könnten bei der Antragsabwicklung von Verwaltungsverfahren über das Internet Kosten senken und damit Anreize zur Nutzung des Netzes schaffen. e-Government müsse stärker zur Lösung politischer Probleme genutzt werden. "Wir brauchen nicht das zehnte neue Onlineverfahren zur Reservierung von Kfz-Wunschkennzeichen, sondern zum Beispiel Webservices, die in einer Stadt das Betreuungspotenzial für Kinder aktuell präsentieren und somit die Erwerbstätigkeit junger Frauen verbessern", sagte Happel.

Zur Umsetzung schlägt der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einem Acht-Punkte-Programm unter anderem die Gründung von so genannten Internet Access Center (öffentlichen Internet-Zugangsorten) nach britischem Beispiel vor.

()

Stichwörter: Messen | Kongresse, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Franz-Reinhard#Happel, CeBIT